

Pressemitteilung

BIOGAS- CDU und FDP fordern schnelle Lösung vom Bund

In Vorbereitung der am Montag stattfindenden Ratssitzung haben FDP und CDU Fraktion nochmals intensiv über die notwendigen Schritte hinsichtlich der Thematik Biogas diskutiert. „Man kann Landwirten keinen Vorwurf machen, wenn Sie im Fall von Biogas, die Chance ergreifen, über die Förderung stabile Erträge zu erwirtschaften. Andererseits müssen wir möglichen Fehlentwicklungen entgegentreten, um ein Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft, Bevölkerung, Flora und Fauna zu erhalten“ so die beiden Fraktionen. Da die Höhe und die Gestaltung der Vergütung, diese wird bundespolitisch im EEG geregelt, das entscheidende Instrument zur Steuerung von Biogasanlagen darstellt, setzen sie sich für eine sinnvolle Überarbeitung ein und haben entsprechende Forderungen, wie die generelle Absenkung der Vergütung und die stärkere Beachtung von Wärmenutzungskonzepten, über ihre Abgeordneten nach Hannover und Berlin kommuniziert. Auf Bundesebene werden bereits konkrete Korrekturen der Förderrichtlinie beraten, da das neue EEG zum 1.1.2012 in Kraft treten soll. Die nun von Teilen des Rates geforderte, zusätzliche Steuerung von Biogasanlagen über einen Flächennutzungsplan der Gemeinde, ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht diskutabel und führt ausschließlich zur Verunsicherung des Bürgers. „Selbst, wenn wir am kommenden Montag einen solchen Beschluss fassen würden, könnten wir vor Ort erst eine Änderung in ca. zwei Jahren durchführen und hätten rund 150 TS Euro Planungskosten in den Sand gesetzt. Davon hat keiner was. Die CDU/ FDP Fraktion fordert deshalb: Wir brauchen eine kurzfristige Lösung und deshalb muss Berlin seine Hausaufgaben machen. Sollte es zu falschen Signalen in der Förderung kommen, werden wir dies nicht hinnehmen, sondern das Thema unaufgefordert aufgreifen und im Sinne der Bürger handeln, sagen die beiden Fraktionen zu.